England / Wales

Bürgerbeteiligung per Gesetz

[16.11.2009] In England und Wales sollen Kommunen ab dem kommenden Jahr per Gesetz verpflichtet werden, ihren Bürgern die Möglichkeit zur Einreichung von E-Petitionen zu bieten.

Ein neues Gesetz zum Thema E-Government soll ab Frühjahr 2010 in England und Wales in Kraft treten. Wie das Portal politik-digital.de berichtet, verlangt die Gesetzesvorlage Local Democracy, Economic Development and Construction Bill von den Kommunen, die Einreichung von E-Petitionen zu ermöglichen und auf diese auch zu reagieren. Die Bürger sollen dadurch mehr Mitspracherecht und Einfluss erhalten, um die kommunalen Behörden zur Rechenschaft zu ziehen. Auf der Website des britischen Premierministers heißt es, man erhoffe sich dadurch nicht nur ein Stärkung der lokalen Demokratie, sondern auch eine Förderung der kommunalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung. Zudem solle das Gesetz für Transparenz und Fairness bei Verträgen für kommunale Dienstleistungen sorgen. Die Opposition beurteilt das Gesetz kritisch.

(bs)

Die Gesetzesvorlage im Original

Stichwörter: E-Partizipation, E-Petition, Bürgerbeteiligung, England, Wales, Großbritannien, International